

29.03.2022

Stand: 30.03.2022, 08:00 Uhr

OPERATIVE LAGE

Die russischen Truppen verstärken ihre Raketenangriffe auf ukrainisches Gebiet. Sie zerstören gezielt Einrichtungen, in denen sich strategische Vorräte befinden (Öldepots und Lebensmittellager).

Kyjiw und Schytomyr Richtungen:

Im Norden gehen die russischen Truppen zur Defensivtaktik über und stellen ihre aktiven Offensivoperationen ein. Die Einheiten der russischen Streitkräfte werden weiterhin für Rotationen abgezogen. Es gibt Hinweise darauf, dass die russischen Streitkräfte ihre Einheiten umgruppieren, um ihre Hauptanstrengungen in Richtung Ostukraine zu konzentrieren. Die russischen Streitkräfte passieren die Zufahrten zu ihren Stellungen und verstärken die Straßensperren.

Am 29. März brach in einem Lagerhaus im Stadtteil Browary der Region Kyjiw ein Feuer aus. Der Staatliche Katastrophenschutz meldete, dass das Feuer auf eine Fläche von 20.000 Quadratmetern begrenzt worden sei.

Russische Truppen haben einen Raketenangriff auf den Bezirk Korosten in der Region Schytomyr gestartet. Der Streik verursachte einen Brand in einem örtlichen Unternehmen.

Die Regionen Charkiw und Luhansk:

Die russischen Streitkräfte setzen ihre intensiven Angriffe auf den Ballungsraum Sewerodonezk-Lyssytschansk-Rubischne in der Region Luhansk fort. Parallel dazu konzentrieren sie ihre Bemühungen auf die Einnahme der Stadt Isjum in der Region Charkiw und bedrohen damit die Flanke der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet der Operation der Vereinigten Streitkräfte.

Der Staatliche Katastrophenschutz berichtet, dass in Sewerodonezk, Rubischne, Lyssytschansk und Nowotoschkiwske, Popasna, Kreminna, Solote und den Dörfern Schtschedrischtschewe und Nyschnje in der Region Luhansk, und infolge des Beschusses brachen zahlreiche Brände aus. Die Zahl der getöteten und verletzten Zivilisten wird noch angegeben.

Am Abend des 29. März ging ein Munitionsdepot in der Nähe des Dorfes Krasnyj Oktjabr in der russischen Region Belgorod (20 km von der Grenze zur Ukraine entfernt) in Flammen auf. Vier russische Soldaten wurden bei der Explosion verletzt.

Richtung Donezk und Saporischschja:

Die russischen Streitkräfte führen in der Nähe von Mariupol offensive Operationen durch. Die Straßenkämpfe in der Stadt gehen weiter.

Nach Angaben der regionalen Militärverwaltung von Donezk wurden im Laufe des Tages 2 Personen durch russischen Beschuss in Kurdumiwka und Nowoseliwka verletzt.

Russische Truppen haben ukrainische Militärstellungen in der Nähe von Stepanohirsk und Huljajpole, Region Saporischschja, mit Artillerie beschossen.

Richtung Dnipro:

Am Morgen des 29. März wurden Raketeneinschläge in der Region Dnipropetrowsk gemeldet. Nach den Raketenangriffen wurde die Fahrbahndecke eines Viadukts in Pawlohrad beschädigt, so dass der Verkehr eingestellt wurde. Eine Rakete schlug in einem landwirtschaftlichen Betrieb im Bezirk Nowomoskowsk ein. Infolgedessen wurde 1 Person verletzt.

Richtung Süden:

Die russischen Streitkräfte konzentrieren sich auf den Raketen- und Artilleriebeschuss. So versucht die Russische Föderation, die Aktionen der ukrainischen Streitkräfte einzuschränken.

Am Morgen des 29. März beschossen russische Truppen das Gebäude der Regionalverwaltung in Mykolajiw. Bei dem Raketenangriff wurden nach Angaben des Staatlichen Katastrophenschutzes 12 Menschen getötet; nach Angaben des Leiters der regionalen Militärverwaltung von Mykolajiw, Witali Kim, wurden 34 weitere Personen verletzt.

Nach Angaben des ukrainischen Außenministeriums hat Russland seit dem 24. Februar seine illegalen Aktivitäten im Schwarzen Meer verstärkt, vor allem durch den Einsatz von Treibminen. Die fragliche Munition wurde 2014 während der illegalen Besetzung der Halbinsel Krim und der Stadt Sewastopol von den russischen Seestreitkräften aus ukrainischen Militärdepots beschlagnahmt.

Richtung Podilsk:

Russische Truppen haben einen Flugplatz in Starokostjantyniw in der Region Chmelnyzkyj getroffen. Der Bürgermeister der Stadt Starokostjantyniw, Mykola Melnytschuk, berichtete, dass dadurch Kraftstoff- und Schmierstoffvorräte zerstört wurden.

Richtung Westen:

Der Leiter der Militärverwaltung der Region Wolhynien, Jurij Pohuljajko, berichtete, dass die ukrainischen Luftabwehrkräfte eine russische Rakete über dem Gebiet der Region abgeschossen haben.

HUMANITÄRE LAGE

Die Ministerin für die Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete, Iryna Wereschtschuk, teilte mit, dass 1.665 Personen (936 Einwohner von Mariupol und 729 Einwohner von Saporischschja) am 29. März über drei vereinbarte humanitäre Korridore in ihren eigenen Fahrzeugen nach Saporischschja evakuiert wurden.

Bis zum 29. März 2022 wurden in der Ukraine infolge der russischen Invasion 144 Kinder getötet und über 220 verletzt.

Das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte hat die geschätzten zivilen Opfer in der Ukraine durch die russische Invasion berechnet. Am 29. März 2022 um 00:00 Uhr gab es 3.039 Opfer: 1.179 Tote und 1.860 Verwundete. Die meisten Opfer sind in den von den ukrainischen Behörden kontrollierten Gebieten zu beklagen (Stand 24. Februar: 1.117 Tote und 1.627 Verletzte). Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass die tatsächlichen Zahlen wesentlich höher sind, da es derzeit keine genauen Informationen über zivile Opfer in Städten gibt, in denen heftige Kämpfe stattfinden. Dies ist beispielsweise in Mariupol und Wolnowacha (Region Donezk), Isjum (Region Charkiw), Popasna (Region Luhansk) und Trostjanecz (Region Sumy) der Fall, wo es Berichten zufolge zahlreiche zivile Opfer gibt.

Der Bürgermeister von Kyjiw und Vorsitzende des ukrainischen Städteverbandes, Witali Klitschko, hat erklärt, dass die russischen Truppen ihre Repressionen gegen Vertreter der ukrainischen Kommunalverwaltung fortgesetzt haben. Während des Krieges wurden 11 Stadtoberhäupter und acht weitere Kommunalbeamte entführt. Das dringendste Problem besteht in der Region Cherson. So haben die Russen nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft am 28. März den Bürgermeister von Hola Prystan, Oleksandr Babytsch, entführt. Sie nahmen auch den Vorsitzenden der Territorialgemeinde Myla, Oleh Jachnijenko, fest.

Die Stadtverwaltung von Mariupol berichtet, dass die Zwangsumsiedlung von Einwohnern in die Russische Föderation in der Stadt weitergeht. Mehr als 70 Personen - medizinisches Personal und Patienten - wurden gewaltsam aus dem Entbindungskrankenhaus Nr. 2 im Bezirk Livoberezhny entfernt. Die Stadtverwaltung teilte außerdem mit, dass inzwischen mehr als 20 Tausend Einwohner von Mariupol gegen ihren Willen in die Russische Föderation deportiert worden sind.

Die Generalsekretärin der Menschenrechtsorganisation Amnesty International, Agnes Calamar, sagte: "Die Belagerung von Mariupol, die Verweigerung der Evakuierung aus humanitären Gründen und das Versäumnis, humanitäre Korridore für den Rückzug der Zivilbevölkerung zur Verfügung zu stellen, sowie die Angriffe auf Zivilisten sind, wie die Untersuchung von Amnesty International gezeigt hat, Kriegsverbrechen."

Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks sind seit dem 24. Februar 3,9 Millionen Menschen aus der Ukraine vertrieben worden.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal schätzt den Gesamtschaden des Krieges auf mehr als eine Billion Dollar und den Verlust des BIP auf 35 %.

Der ukrainische Finanzminister Serhij Marchenko hat ein Abkommen mit der französischen Entwicklungsagentur unterzeichnet. Infolgedessen wird die Ukraine von Frankreich 300 Millionen Euro an Vorzugskrediten für den Staatshaushalt erhalten, was für die Aufrechterhaltung der Stabilität des Finanzsystems wichtig ist.

POLITISCHE UND DIPLOMATISCHE EREIGNISSE

Die ukrainische und die russische Delegation führten am 29. März Gespräche in Istanbul. Dies ist das erste persönliche Treffen im Rahmen des Verhandlungsprozesses seit dem 7. März. Im Anschluss an die Gespräche erläuterte der Leiter der ukrainischen Delegation, der Fraktionsvorsitzende der "Diener des Volkes", Dawyd Arahamija, die ukrainischen Vorschläge für ein neues System von Sicherheitsgarantien für die Ukraine. Insbesondere geht es um einen möglichen internationalen Vertrag, der der Ukraine Sicherheitsgarantien durch einzelne Staaten bieten würde, die ähnlich wie Artikel 5 des Washingtoner Vertrags zur Gründung der NATO funktionieren sollten (d.h. es geht um den kollektiven Schutz der Ukraine im Falle eines Angriffs auf das Land). Auf dem Treffen in Istanbul wurden keine formellen Vereinbarungen getroffen; es wurde jedoch vereinbart, die Verhandlungen fortzusetzen.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij hielt eine Videoansprache vor Mitgliedern des dänischen Parlaments. Er unterrichtete das Folketing über die aktuelle Lage in der Ukraine, sprach über den Beschuss ziviler Einrichtungen durch russische Truppen und die humanitäre Krise in dem Land und forderte die dänische Regierung auf, den Sanktionsdruck auf Russland zu erhöhen, ein Öl- und Handelsembargo zu verhängen und Häfen für russische Schiffe zu sperren.

Im Laufe des Tages führte der ukrainische Präsident ein Telefongespräch mit dem niederländischen Premierminister Mark Rutte, in dem er ihn über die von der Russischen Föderation begangenen Verbrechen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung informierte. Wolodymyr Selenskij führte auch ein Gespräch mit dem tschechischen Premierminister Petr Fiala, in dem der Präsident die Bedeutung der tschechischen Menschen und der tschechischen Sicherheit bei der Bekämpfung der russischen Invasion hervorhob.

Rafael Grossi, Generaldirektor der IAEA, ist in der Ukraine. Er ist hier, um über die technische Unterstützung der Agentur zu verhandeln, die die Sicherheit der kerntechnischen Anlagen auf dem Territorium des Staates gewährleisten soll. Dazu gehören 15 Kernkraftreaktoren in vier in Betrieb befindlichen Anlagen sowie das Kernkraftwerk Tschernobyl.

US-Präsident Joseph Biden erörterte mit den Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens gemeinsame Schritte zur weiteren Reaktion auf die russische Aggression in der Ukraine, wie die Fortsetzung des wirtschaftlichen Drucks auf Russland, die Stärkung der ukrainischen Verteidigung und die Aufstockung der humanitären Hilfe für die ukrainische Bevölkerung.

Im Laufe des Tages erklärten mehrere europäische Länder russische Diplomaten zur Persona non grata und beschuldigten sie der Spionage und Sicherheitsbedrohung. So wiesen die Niederlande 17 russische Diplomaten, Belgien 21 russische Diplomaten, Irland vier russische Diplomaten und die Tschechische Republik einen Diplomaten aus. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten planen die Verhängung neuer Sanktionen, um die militärischen Kapazitäten Russlands zu schwächen. Es ist die Absicht, kritische Lieferketten zu unterbrechen, die die russische Rüstungsindustrie und die Kampffähigkeiten der russischen Streitkräfte sicherstellen.

Die polnische Regierung hat einen Gesetzentwurf zum Verbot von Kohleeinfuhren aus Russland unterstützt. Darüber hinaus hat die polnische Regierung einen Gesetzentwurf über besondere Mechanismen zur Bekämpfung der Aufrechterhaltung der Aggression gegen die Ukraine angenommen. Das Dokument würde die nationalen Befugnisse zum Einfrieren russischer und anderer Vermögenswerte erweitern, die mit der Unterstützung der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine in Verbindung stehen.

Die Informationen in dieser Zusammenfassung stammen aus offiziellen Quellen - Berichten der ukrainischen staatlichen Behörden sowie ukrainischer und internationaler Nachrichtenagenturen. Die Glaubwürdigkeit der Daten wird vom Projektteam strengstens überprüft und bestätigt, wenn Fake News entdeckt werden.